



**FDP-Fraktion
im Balinger Gemeinderat**

Haushaltsrede 2016

Gemeinderatssitzung am 26.01.2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,

wenig Freude kommt beim Blick auf den Haushaltsplanentwurf auf: Trotz weiterhin sprudelnder Steuereinnahmen ist eine **Neuverschuldung** in Höhe von fast 5 Millionen Euro geplant – und das ohne Investition in ein Großprojekt. So **wirklich überraschend** ist dies jedoch **nicht**. Wir hatten schon in der letztjährigen Haushaltsrede darauf hingewiesen: Die Rücklage ist aufgebraucht, eine Liquiditätsreserve besteht nicht mehr. Und gewichtige Probleme waren bekannt bzw. aufgeschoben, etwa der Brandschutz, der aus dem Ruder läuft, die Schulsanierungen, marode Straßen, das jährliche Defizit der Stadthalle, enorm steigender Zuschussbedarf im Kinderbetreuungsbereich. Und es kommen hinzu die Steigerung der FAG-Umlage und die Anhebung der Kreisumlage - auch nicht überraschend. Die Kreisumlage wird im Übrigen, schaut man auf den anstehenden Investitionsbedarf des Kreises (Klinikum, Regiostadtbahn), in den folgenden Jahren weiter steigen.

Ganz so heftig hatten wir es jedoch nicht so rasch erwartet. Und die **mittelfristige Finanzplanung beunruhigt**. Was **Sorge** bereitet ist, dass darüber hinaus Großprojekte wie die Gartenschau 2023 und die Realschule im Raum stehen. Dazu hört man

den dringlichen Wunsch nach der Mitfinanzierung einer konkurrenzfähigen Handballarena.

Als ärgerlich empfinden wir, dass nicht schon vor der Einbringung des Haushaltsentwurfs auf die zugespitzte Situation von der Verwaltung hingewiesen worden ist und insbesondere, dass die jetzt für Mitte April angesetzte Klausurtagung nicht schon im Herbst durchgeführt worden ist. Dann hätten etwaige Ergebnisse schon in den diesjährigen Haushaltsplan einfließen können.

Festzustellen ist aber auch, dass die vorgesehenen Ausgaben **viele notwendige Maßnahmen** treffen, auf die nur schwerlich verzichtet werden kann:

- Einen sehr hohen Zuschussbedarf haben weiterhin die **Stadthalle - Kultur und Kunst - und die gesamte Kinderbetreuung**. Dafür hat sich die Stadt bewusst entschieden.
- Dann ist es die **Gebäudeunterhaltung**, welche große Beträge verschlingt: Die **Brandschutzmaßnahmen** müssen gemacht werden, solange Bund und Land keine Bereitschaft zeigen, die unseres Erachtens überzogenen und sich ständig noch steigenden Vorgaben zu reduzieren. Und die städtischen Gebäude, insbesondere die **Schulen**, bedürfen dringend der geplanten **Sanierungen**. Dafür wären auch noch höhere Ausgaben durchaus dringlich.
- Überfällig ist im **Schulbereich Längenfeld** der Ersatz des in die Jahre gekommenen Aschenplatzes beim Gymnasium durch einen **Kunstrasenplatz**. Wir sind froh, dass nun wenigstens Mittel für die Gesamtplanung bereitgestellt werden. Leider ist in der Vorberatung das Geld für einen ersten Realisierungsabschnitt gestrichen worden. Sehr zeitnah werden wir dennoch in die Realisierung einsteigen müssen. Das **Gymnasium** hat ein Sportprofil. Und es strebt das Zertifikat „Bewegte Schule“ an. Das gesamte Schulzentrum wird profitieren.

- Die Sanierungen an den **Parkhäusern Stadtmittle und Arbeitsamt** sind schon lange genug aufgeschoben. Bei weiterem Zuwarten drohen größere Schäden.
- In die Unterhaltung der **Gemeindestraßen** wird eine knappe Million Euro, in die Unterhaltung der **Feldwege** werden 345.000 € investiert. Auch da fallen uns durchaus weitere **Straßen** und **Feldwege** ein, die es dringend nötig hätten. Es liegen da, insbesondere aus den **Stadtteilen**, für Straßen und Feldwege umfangreiche Anmeldungen vor. Es ist nach unserer Meinung angezeigt, da jedes Jahr ein Stück abzuarbeiten, um den Sanierungs- und Ausbaustau nicht noch weiter wachsen zu lassen. Die in der Vorberatung vorgeschlagene Streichung der wenigen diesbezüglichen Vorhaben ist deshalb abzulehnen.

Weiter ansteigend sind auch die **Personalkosten**. Dies hat die Ursache vor allem in Tarifsteigerungen, aber auch in zusätzlichen Stellen. Jede einzelne Ausweitung ist da nachvollziehbar. Dies hat aber auch mit dem Umfang des der Einwohnerschaft gebotenen Service zu tun. Angesichts der Gesamthaushaltsslage werden wir nicht umhin kommen, die **Fragen beim Personal, aber auch bei Unterhaltung und Investitionen zu stellen**: Wollen wir das alles? Kann der Standard reduziert werden? Sollten wir doch einzelne Einrichtungen schließen? Können wir das alles bezahlen? Ist es uns das wert? Kann es kostengünstiger oder effizienter geschehen? **Als ein Beispiel** von vielen möchte ich hier nur einmal die **Öffnungszeiten des Bürgerbüros** an sechs Wochentagen nennen. Lange Servicezeiten haben eben auch ihren Preis. Die Öffnung des Bürgerbüros am Samstag ist wirklich sehr bürgerfreundlich. Aber vielleicht sollte man darüber nachdenken, dafür noch einen zusätzlichen Vor- oder Nachmittag unter der Woche zu schließen.

Wenn wir alles so wollen, müssen wir alles bezahlen. Da das Geld jedoch nicht reicht, hieße das, die Einnahmen zu erhöhen: **Gebühren, Grundsteuer, Gewerbesteuer. Wollen wir das?**

Das bedarf **grundsätzlicher Diskussion**. Die Streichung von einigen kleinen Einzelpositionen, wie in der Haushaltsvorberatung letzte Woche geschehen, ist da nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

Die **Streichung der Beitragsfreiheit für das erste Kindergartenjahr** halten wir angesichts der Finanzlage für angezeigt. Die Beitragsfreiheit ist eine schöne Geste. Einen Mehrwert hat die Freigiebigkeit jedoch nicht. Jährlich kostet es uns etwa 180.000 €. Der **Schuldenstand** der Stadt wäre **um mehr als 1,5 Millionen geringer**, wäre dies nicht beschlossen worden.

Wir begrüßen, dass nach langem Aufschub nun eine Planungsrate für die **Brücke Hürsten in Engstlatt** für 2016 in den Haushalt eingestellt ist und auch die Realisierung in der mittelfristigen Finanzplanung für 2018 vorgesehen ist.

Für nicht akzeptabel halten wir das Verhalten der Verwaltung bezüglich des **Kreisverkehrs Ostdorfer Straße / Grünewaldstraße**. Letztes Jahr wurde in den Haushalt eine Planungsrate eingestellt und was erfahren wir auf Anfrage letzte Woche? Die Verwaltung hat nichts geplant, weil sie meint, ein Bau werde ohnehin nicht realisiert. Und das ohne eine Entscheidung des Gemeinderats herbeizuführen, ja ihn nicht einmal zu informieren. - Eine **Umsetzung** halten wir dort im Übrigen nach wie vor für angezeigt. Und dies kann dort zunächst einmal ganz einfach **ohne Kostenaufwand als provisorische Lösung** geschehen. Dann können wir auch testen, ob und wie es funktioniert. Wir brauchen da nicht gleich 1a-Qualität.

Erfreulich ist, dass eine Planungsrate für das **Vereinsheim Heselwangen** eingestellt ist. Allerdings fehlt ein Ansatz in der mittelfristigen Finanzplanung zur Realisierung. Wir wollen hoffen, dass da nicht in gleicher Weise verfahren wird wie mit der Planungsrate beim gerade angesprochenen Kreisverkehr, zumal eine erste Bedarfsanalyse bereits letzten Sommer stattgefunden hat.

Immer noch zu wenig wird auf die **Folgekosten** geschaut. Ein kleines **Beispiel**: Für 2016 sind Reparaturen für Pflasterbeläge (in Erzingen, Alter Markt und Ölbergstraße) für 160.000 € vorgesehen. Das ist ein enormer Betrag. Pflasterflächen mögen schön sein, sind im Übrigen aber für ältere Personen gar nicht praktisch. Sollen wir das Pflastern wirklich fortsetzen? Der Instandhaltungsaufwand ist hier einfach vielfach höher.

Dies führt mich zum **Hinteren Kirchplatz**. Der Bau eines Kreisverkehrs und die Neugestaltung der Fläche hinter der Stadtkirche werden zu einer erheblichen **Aufwertung der Innenstadt** führen. Dies ist eine **wichtige Maßnahme**, die wir begrüßen, zumal bezüglich der Randbebauung nun eine verträgliche Lösung gefunden worden ist. Auch hier fordern wir eine gestalterische Lösung, welche die Folgekosten deutlich im Blick behält. Wir möchten da keine Spielereien wie etwa die bodenversenkten Lampen an der Torbrücke, sondern eine auf Langlebigkeit und wenig Instandhaltungsaufwand fokussierte Planung und Materialauswahl.

Eine weitere **wichtige Zukunftsmaßnahme** ist die **Neugestaltung des Bereichs Am Lindle** - das Gelände südlich des Bahnhofsgebäudes. Wir sind gespannt, was hier für Pläne entwickelt werden. Wichtig ist, dass die Zahl der Parkplätze in der Summe erhalten bleibt, für Zugreisende und für die Innenstadt. Aber das innenstadtnahe Gebiet muss künftig wesentlich mehr als nur Parkplätze bieten.

Die **Gartenschau 2023** wird uns ab sofort intensiv beschäftigen. Sie bietet für die Entwicklung Balingens eine **große Chance**. Wir, die FDP-Fraktion, wünschen, dass die begonnene **Bürgerbeteiligung** intensiv fortgesetzt wird. Wichtig ist, dass die Stadt **nachhaltig**, nicht nur einen Sommer profitiert. Von der Gartenschau wird die **gesamte Stadt profitieren**. Wir müssen aber aufpassen, dass die Investitionen nicht jeden Spielraum für Unterhaltung und Entwicklung in den **Stadtteilen** nehmen. Wichtig ist, bei der Gartenschau auf die **Folgekosten** zu achten. Und um die Kosten im Griff zu behalten, sollten wir lieber kleiner und qualitativ planen als uns finanziell zu übernehmen. Die Größe wird nicht entscheidend für den Besucherzuspruch sein.

Fehlanzeige besteht hinsichtlich einer Bürgerbeteiligung hingegen bei den Planungen der Verwaltung für das **Strasser-Areal**. Warum eigentlich das? Wir sind uns doch alle einig, dass dieses Grundstück von großer Bedeutung für die Innenstadtentwicklung ist. Und wir, die FDP-Fraktion, meinen auch, dass spätestens dann, wenn ein Investor gefunden ist, dessen Grobkonzept akzeptiert werden kann, Gefallen findet, ein **Architektenwettbewerb** stattfinden sollte, damit wir eine **städtebaulich** möglichst gute Lösung finden. Auf dem gegenüberliegenden Eyachufer haben wir dies doch bezüglich der Bebauung durch die Wohnbaugenossenschaft Balingen auch gemacht.

Das **Strasser-Areal** bietet eine **große Chance für die Innenstadtentwicklung**. Hier kann ein komplett neues Stadtquartier entwickelt werden. **Sie, Herr Wagner**, sind unser neuer Baudezernent mit Jahrzehnten an Erfahrung in der Stadtplanung. Sie achten immer auf **hohe städtebauliche Qualität**. Sagen Sie, ist ein großflächiges eingeschossiges Handelsgebäude mit großen Parkplatzflächen **mit Ihrem Anspruch** bezüglich Höhenentwicklung und Qualität der Gebäudesprache, mit **Ihrem eigenen Qualitätsanspruch** vereinbar? - Wir können uns das gar nicht vorstellen.

Wir, die FDP-Fraktion, haben jedenfalls **erhebliche Vorbehalte** gegen die Planung eines großen Lebensmittelmarkts mit Parkflächen in dieser Innenstadtlage. Und zwar aus zwei Gründen: **zum einen**, wie schon erwähnt, **städtebaulich** - dies ließe sich vielleicht noch mit einem Architektenwettbewerb lösen - und **zum anderen verkehrstechnisch**, sowohl was Nutzer als auch was Anlieferung betrifft. Den Autoverkehr geplant so in die Innenstadt zu ziehen, erscheint merkwürdig.

Sehr großen Zuspruch haben wir aus der Bevölkerung für die **Idee einer Brauerei- bzw. Erlebnishausstätte mit Biergarten** als Teil einer Gestaltungslösung auf dem Strasser-Areal erfahren. Dies **wäre auch genau der richtige Standort**: Die Lage an der Eyach, bei Kleinvenedig, der Blick auf das Zollernschloss und direkt bei der Innenstadt, nicht abgelegen auf dem jetzigen Freibadparkplatz oder sonst wo. Ein sol-

ches Projekt gehört in die Stadt, nicht abgeschoben an den Rand. Das passt auch zu Einzelhandel und Wohnbebauung.

Ich möchte zum Abschluss noch ein **anderes Thema** kurz ansprechen: Immer wieder kommt uns zu Ohren, dass Investoren oder Bürger mit Ideen, mit Plänen, mit Vorhaben an die Stadtverwaltung herantreten und abgewiesen werden. Der Gemeinderat und die Öffentlichkeit erfahren nichts, wenn der Verwaltung die Ideen oder Konzepte nicht gefallen. Nur ein Beispiel sind die Vorstellungen des Eigentümers des Mühlengastes. Dessen Planungen, die wohl nicht mit denen der Verwaltung übereinstimmen, werden uns erst gar nicht mitgeteilt, der Gemeinderat und die Öffentlichkeit können gar nicht mitdiskutieren. Erst dann, wenn die Verwaltung einverstanden ist, wird ein fertiges Konzept präsentiert. Das sollte sich, meinen wir, ändern. Darüber bitten wir mal nachzudenken.

Dem Haushaltsplanentwurf werden wir, die FDP-Fraktion, zustimmen. Wir sehen kurzfristig keine grundlegenden Einsparmöglichkeiten von Gewicht. Die Grundsatzdiskussion, wie es mit Einnahmen, Ausgaben und Verschuldungserhöhung weitergehen soll, müssen wir jedoch zeitnah führen.

Dem von meinen Vorrednern ausgesprochenen Dank schließe ich mich an.

Dietmar Foth

Fraktionsvorsitzender